

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

EntschlieÙung

zu dem Antrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 13/2686 –
„Mehr Chancen für mehr praktisch begabte Jugendliche“

Qualifizierte Ausbildung sichern

Der Landtag stellt fest, daß nach Meinung von Expertinnen und Experten der Bedarf für Arbeitskräfte ohne Berufsausbildung ständig sinkt, von über 30 % zu Beginn der siebziger Jahre auf künftig unter 10 %. Daraus ergibt sich für die Gesellschaft die Notwendigkeit, gerade für benachteiligte Jugendliche Fördermaßnahmen, auch mit einem entsprechend verlängerten Zeithorizont, zu ergreifen.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, auf Bundesebene allen Versuchen entgegenzutreten, zweijährige Ausbildungsgänge „für eher praktisch orientierte, lernschwächere, benachteiligte Jugendliche“ in der beruflichen Ausbildung zu schaffen.

Vielmehr soll jungen Menschen, die nach allen Qualifizierungsbemühungen und Fördermaßnahmen keine berufliche Ausbildung vorweisen können, auch noch im weiteren Erwerbsleben die Anerkennung des erworbenen beruflichen Wissens und Fähigkeiten als Qualifizierungsschritt ermöglicht werden.

Die Landesregierung soll auf der Bundesebene initiativ werden, diesen jungen Menschen die Chance einer beruflichen Qualifizierung in einem modulartig aufgebauten System anerkannter Qualifizierungsschritte zu eröffnen. Sie sollen dazu ein Recht auf Inanspruchnahme und auf Weiterbeschäftigung nach einer Qualifizierungsmaßnahme erhalten.

Begründung:

Der Präsident des Landesarbeitsamts Rheinland-Pfalz-Saarland warnte bei den 21. Lehrerinformationstagen der Handwerkskammer Koblenz im November 1997 vor der Schaffung von leichteren Abschlüssen für Benachteiligte („Kleiner Gesellenbrief“, „Ausbildung light“), da für derartige Qualifikationen der Arbeitsmarkt fehle. Als Alternative nannte er den Ausbau des Förderunterrichts.

Noch zu Beginn der neunziger Jahre haben die über 400 nach dem Berufsbildungsgesetz anerkannten Ausbildungsberufe offensichtlich genügend Spielraum für fast alle Begabungen gelassen. Zu diesem Zeitpunkt wurde fast allen Jugendlichen eine qualifizierte Ausbildung vermittelt.

Vor dem Hintergrund der katastrophalen Lage auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt erhalten immer mehr junge Menschen, die keinen Ausbildungsplatz bekommen, von den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern das Etikett „nicht aus-

bildungsfähig“. Gerade für diese jungen Menschen ist nicht weniger und verkürzte Ausbildung notwendig, sondern für sie müssen zusätzliche Fördermaßnahmen zur Verfügung gestellt werden.

Jungen Menschen, die trotz aller Fördermaßnahmen ohne qualifizierte Berufsausbildung im Erwerbsleben stehen, muß die Möglichkeit erhalten bleiben, nachträglich in Teilschritten eine anerkannte berufliche Qualifizierung zu erreichen. Dazu müssen entsprechende gesetzliche Regelungen getroffen werden, die die Rechte auf Freistellung und Weiterbeschäftigung absichern.

Für die Fraktion:
Guido Dahm